Datum: 01.09.2011 Nr.
☒ Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
☐ Wochenblatt
Wochenzeitung
urier

Schmiedel wirbt für Ravensburger Gemeinschaftsschule

Modell ist Grundlage für Schulpolitik des Landes – Lehrerfortbildung wird Kernfrage

SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel hat sich vehement für die Einführung der Modellschule in Ravensburg ausgesprochen. FOTO: FELIX KÄSTLE

Von Jan Peter Steppat

RAVENSBURG - Claus Schmiedel, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, hat am Dienstagabend an die Ravensburger Verantwortlichen eindringlich appelliert, sich für die Umsetzung der Gemeinschaftsschule einzusetzen. Bei einem bildungspolitischen Gesprächsabend der hiesigen SPD im Vogthaus sagte er: „Es wäre schade, wenn man gerade hier zu lange darauf warten müsste." Der Sozialdemokrat bezog sich damit auf die aktuellen Diskussionen in Ravensburg, die zuletzt die Modellschule wieder in Frage stellten.

Gerade das Ravensburger Modell sei laut Schmiedel Keimzelle für die von der neuen Landesregierung geplante flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule. Auf diesen Ideen fuße die gesamte Schulpolitik von Grün-Rot. Schmiedel: „Ravensburg und ganz Oberschwaben haben sich um die Gemeinschaftsschule große Verdienste erworben." Von hier sei die Diskussion in die Öffentlichkeit getragen worden, dass „das tradierte dreigliedrige Schulsystem verbesserungswürdig ist". Mit Blick auf die aktuelle Debatte in der Stadt (die SZ berichtete) merkte er an: „Es bieten sich unglaubliche Chancen. Man muss nur zugreifen. Jetzt liegt es an den Akteuren vor Ort." Und mit

> „Die Eltern haben nichts zu verlieren."
>
> Claus Schmiedel (SPD)

Blick auf mögliche Widerstände bei der Standortfrage, ganz aktuell in Ravensburg an der Neuwiesenschule, sagte er: „Die Eltern haben nichts zu verlieren. Man kann nur gewinnen."

Schmiedel mahnte überdies zur Eile: „Man braucht nicht darauf zu warten, bis im nächsten Frühjahr alles in ein Gesetz gegossen ist." Der SPD-Fraktionschef ließ bei dem Gesprächsabend durchblicken, dass es Wunsch der Landesregierung ist, zum Schuljahr 2012/13 mit möglichst vielen Gemeinschaftsschulen starten zu können. Stuttgart werde dafür das entsprechende Lehrerpersonal bereitstellen, versprach er.

Bei der Diskussion mit den 40 sich vor allem aus Pädagogen und Stadtpolitikern rekrutierenden Anwesenden kristallisierten sich indes Zweifel heraus, dass die Lehrer dann auch ausreichend auf die neuen Anforderungen mit dem Schwerpunkt der individuellen Förderung der Kinder vorbereitet seien. Schmiedel gab zu, dass auf dem Weg dahin viel Arbeit nötig sei. Eine für die Lehrerausbildung zuständige Vertreterin des Staatlichen Schulamts in Markdorf beschwichtigte: „Wir haben den Weg in die individuelle Förderung schon lange vorbereitet, aber wir müssen das noch ausbauen." Landtagsabgeordneter Manne Lucha (Grüne) sieht die Voraussetzungen ebenfalls positiv: „Es ist wichtig, dass wir mit diesem Schulsystem beginnen, weil wir die Zusage der Pädagogischen Hochschule Weingarten haben, dass sie uns begleitet."

Als diese die Zahlung daraufhin absagte, schreckten die Täter nicht davor zurück, die Frau mit weiteren Telefonanrufen einzuschüchtern, um sie doch noch zur Zahlung zu bewegen. Gegen die Betrüger wurden Ermittlungen eingeleitet.

Die Polizei rät dringend, sämtliche Gewinnversprechen zu hinterfragen. Insbesondere wenn vom angeblichen Preisträger eine Zahlung verlangt wird, ist äußerste Vorsicht geboten.

Wie man sich vor Betrügern schützen kann, erfährt man bei jeder kriminalpolizeilichen Beratungsstelle und im Internet unter: www.polizei-beratung.de

Krankenstand im Kreis steigt an

RAVENSBURG (sz) - Eine Auswertung der AOK Bodensee-Oberschwaben zu den Fehlzeiten ihrer pflicht- und freiwillig versicherten Mitglieder ergab für das erste Halbjahr 2011 einen Krankenstand von 4,7 Prozent, gegenüber 4,4 Prozent im Vorjahreszeitraum. Eine Zunahme gab es erneut bei den psychischen Erkrankungen, auf die 8,8 Prozent aller Arbeitsunfähigkeitstage entfielen (Vorjahr 8,5 Prozent). Somit ist der Krankenstand im Kreis erstmals seit 2008 wieder gestiegen.

Zum Thema psychische Erkrankungen sagte Bernd Gulde, stellvertretender Geschäftsführer der AOK Bodensee Oberschwaben: „Hier müssen Vorsorge, aber auch Behandlungsstrukturen geändert werden, damit diese Entwicklung nicht weitergeht." Auf Fehlzeiten bezogen waren Arbeitnehmer laut AOK in den ersten sechs Monaten des Jahres im Schnitt 10,7 Tage arbeitsunfähig erkrankt. Dabei seien im Halbjahr, statistisch gesehen, fast die Hälfte aller Beschäftigten mindestens einmal krankgeschrieben worden.

Bei den Ursachen wurden folgende vier große Krankheitsgruppen festgestellt: Muskel- und Skeletterkrankungen, Krankheiten des Atmungssystems, Verletzungen und Vergiftungen, psychische Erkrankungen. Fast 60 Prozent aller Arbeitsunfähigkeitstage gingen auf sie zurück.

200.320.3

Modellschule: Stadt muss neuen Antrag stellen

SZ, 12.8.11

Die Einführung der Gemeinschaftsschule im Land soll die Lösung für Ravensburg werden

Von Frank Hautumm

RAVENSBURG - Was Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp jüngst prognostizierte, dürfte eintreten: Das Land wird wohl den Ravensburger Antrag auf Einführung einer Modellschule in dieser Form nicht genehmigen. Dies deutete Norbert Zeller der SZ auf Anfrage an. Zeller, früherer SPD-Landtagsabgeordneter aus Friedrichshafen, leitet seit kurzem im Kultusministerium die Stabsstelle für Gemeinschafts- und Modellschulen sowie für Inklusion.

Die Nachricht klingt skurril, waren es doch Grüne und SPD, die im Verbund mit den „Bürgern für Ravensburg" und den Freien Wählern die Idee der Modellschule für Ravensburg auf die Schiene gesetzt hatten. Die elementare Idee des pädagogischen Konzeptes, das in knapp zwei Jahren von einer Arbeitsgruppe erstellt wurde, ist das längere gemeinsame Lernen – die zentrale Forderung von Grün und Rot auch in Baden-Württemberg. Eben darum, sagt Zeller: „Der Antrag aus Ravensburg liegt mir vor. Was die Modellschule begehrt, ist nahezu deckungsgleich mit dem, was wir wollen und was nun per Gesetz ohnehin ermöglicht werden wird." Der Hintergrund: Das neue Schulgesetz von Rot-Grün soll im nächsten Jahr die Gemeinschaftsschule im Land einführen. Zeller: „Diese Modellschul-Diskussionen waren nur vor dem Regierungswechsel notwendig." Die Empfehlung des Beamten an Stadt und Gemeinderat ist, den Antrag auf Modellschule einfach in einen Antrag auf eine Gemeinschaftsschule umzuwandeln.

Dies werden nun die Fraktionen von Grünen, SPD, „Bürgern für Ravensburg" und Freien Wählern forcieren. Gestern Abend gab es ein Treffen der Stadträte zu der neuen Entwicklung. „Es geht uns um den Inhalt, nicht um den Namen", so der Grünen-Chef und Landtagsabgeordnete Manne Lucha zur SZ. „Unter der alten Regierung mussten wir das Konzept Schulversuch nennen. Was wir immer wollten, ist genau das, was nun als Gemeinschaftsschule per Gesetz möglich wird." Die vier Fraktionen betonten, mit dem Grundsatzbeschluss für das Modell sei es gelungen, die Hauptschulen in Obereschach und Neuwiesen zu retten. Jetzt gelte es, besonnen zu handeln – vor allem in der Standortfrage. Lucha: „Selbstverständlich bekommen alle die Gewissheit, dass Schulangebote, die 2011 und früher gewählt wurden, regulär zu Ende geführt werden können." Diese Diskussion, so die Fraktionschefs, sei „zur Unzeit" eröffnet worden.

Ob die Rechnung aufgeht? Die Gemeinschaftsschule soll den Begriff vom Modell ersetzen. FOTO: SHUTTERSTOCK

Allerdings: Zu 100 Prozent deckungsgleich sind das Ravensburger Modell und das Konzept der Gemeinschaftsschule nicht, wie Zeller auf Nachfrage einräumt: Die gewünschte personelle Ausstattung im Antrag hält er für „sehr flott". Auch der jahrgangsübergreifende Unterricht, der im Papier verankert ist, ist in der Gemeinschaftsschule eigentlich so nicht vorgesehen. „Kein Problem", sagt Zeller. „Wir wollen bewusst kein enges Korsett vorgeben. Wenn Ravensburg das so haben möchte, ließe sich das machen." Dritter Punkt: Die Gemeinschaftsschule soll auf der Grundschule aufbauen, sprich mit Klasse fünf beginnen. Die Modellschule setzt laut Plan aber mit der Einschulung an. „Auch das ist ein Ansatz, der vor Ort so realisiert werden könnte", sagt Norbert Zeller.

„Eckpunkte sind gleich"

Grundsätzlich renne der Gemeinderat mit seinem Antrag offene Türen in Stuttgart ein. „Die Eckpunkte der Gemeinschaftsschule sind das gemeinsame Lernen und die Inklusion in heterogenen Gruppen, die Ganztagesschule, die berufliche Orientierung, die Teamarbeit unter den Lehrkräften und die Einbeziehung der Eltern", zählt Zeller auf. In der neuen Schulform sollen alle Bildungsstandards angeboten werden, für Haupt- und Realschule sowie für das Gymnasium. Sie werde auch Leistung anders bewerten. Zeugnisse soll es geben, sie sollen aber differenzierter ausfallen als bisher. „Leistungsorientiert und dabei sozial gerecht" definiert Zeller das und verweist erneut auf Parallelen zum Ravensburger Modell.

Eine Voraussetzung aber gibt es auch für die Gemeinschaftsschule, die bereits im Zusammenhang mit der Modellschule für hitzige Debatten sorgte: „Einen Standort muss man haben, der das umsetzt." Zeller empfiehlt der Stadt, über ein Gesamtkonzept für die Ravensburger Schullandschaft nachzudenken. „Die Idee muss sein, eine bestehende Schule zu einer Gemeinschaftsschule umzuwandeln. Damit ließen sich womöglich viele Probleme vor Ort lösen. Man muss sich nur anschauen, dass die Realschule aus allen Nähten platzt." Auf Wunsch, hat Zeller dem Oberbürgermeister angeboten, komme er gerne nach Ravensburg, um über Details zu sprechen.

Kommentar

Von Frank Hautumm

Es wird ein Kraftakt

Jetzt steht die Situation endgültig kopf. Ausgerechnet die Grün-Rote Landesregierung wird nun wohl – zumindest formal – das ablehnen, was ihrer ureigenen Vorstellung von Schule entspringt und unter bundesweiter Beachtung von ihren lokalen Vertretern im Schussental auf den Weg gebracht worden ist. Die mutmaßliche Folge: Die politische Konkurrenz in Ravensburg, die in Teilen den Schulterschluss mit Grünen und SPD in Sachen Modellschule nur vollzogen hat, weil sie – vor der Wahl – an eine Umsetzung ohnehin nicht glaubte, wird Zeter und Mordio schreien und das erarbeitete pädagogische Konzept für unantastbar erklären. Doch auch Eltern und Lehrern zu vermitteln, die Modellschule ließe sich durch den Begriff Gemeinschaftsschule ganz leicht ersetzen, wird einen rhetorischen Kraftakt erfordern.

Bedauerlich, dass das Thema wieder zwischen parteipolitischem Gezänk zerrieben wird. Denn auch wenn die Gemeinschaftsschule wohl eher eine abgespeckte Variante des idealen Modells sein dürfte, enthält das Ravensburger Konzept so weitreichende Ansätze, dass eine Stadt, die sich in ihrer Schulentwicklung – und darüber hinaus – vielfältigen Problemen gegenübersieht, nicht darauf verzichten kann.

Um das Thema am Leben zu erhalten, muss zuerst die Standortfrage geklärt werden. Vielleicht hilft da schon die Entschlackung vom Begriff des „Modells" oder „Versuchs". Wichtiger aber: Die Verwaltung muss von ihrer Prämisse abrücken, eine bestehende Schule aufzulösen. Punkt zwei: Die Fehler in der Kommunikation dürfen sich nicht wiederholen.

f.hautumm@schwäbische.de

Datum: 11.08.2011 Nr.

☒ Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
☐ Wochenblatt
☐ Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
☐ INFO Wochenzeitung
☐ Ravensburger Stadtmagazin
☐ Stadtkurier
☐ Mitteilungsblatt Ortschaften
☐

200.320.3

Gesamtelternbeirat fordert Transparenz und Beteiligung

Vorstand sieht in Sachen Modellschule noch viele Detailfragen ungeklärt – Kritik an Kommunikation

RAVENSBURG (fh) - In die Diskussion um die Ravensburger Modellschule hat sich jetzt auch der Gesamtelternbeirat (GEB) eingeschaltet. In einer Presseerklärung bedauern die beiden Vorsitzenden Johannes Volz und Micha Matschinski „die in der Presse geführte zugespitzte Debatte". „Nicht hilfreich", um Glaubwürdigkeit und Vertrauen in der Öffentlichkeit zu gewinnen, seien Aussagen von Gemeinderatsmitgliedern, wonach man der Entwicklung eines Konzeptes für die Modellschule in Ravensburg nur zugestimmt habe, weil der Antrag beim früheren Kultusministerium ohnehin abgelehnt werde. Wie berichtet, hatte sich die FDP in einem Brief so geäußert und dabei das auch als Position der CDU dargestellt.

Kritik klingt beim Gesamtelternbeirat auch an der Informationspolitik der Stadt an: „Die Befürchtungen, die gerade vonseiten der Neuwiesenschule öffentlich geäußert wurden, zeigen auf, was passiert, wenn betroffene Eltern und Lehrer wichtige Informationen, die zum Beispiel die Standortfrage betreffen, aus der Zeitung erfahren."

Auch Volz betont, dass die Standortfrage noch nicht entschieden und die Modellschule noch gar nicht genehmigt sei. „Es gibt noch viele Detailfragen, die mit uns Eltern geklärt werden müssen. Mit allen Eltern in Ravensburg." Für den Gesamtelternbeirat ist der richtige Zeitpunkt nach der Grundsatzentscheidung aus Stuttgart, „wenn klar ist, ob das pädagogische Konzept überhaupt genehmigt wird. Vorher sprechen wir über ungelegte Eier." Wie die SZ berichtete, hat Ravensburg den Antrag vor der Sommerpause gestellt, in sechs Wochen spätestens soll das Ergebnis vorliegen. Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp ist inzwischen skeptisch, was die Erfolgsaussichten angeht (SZ vom Mittwoch).

Mehrere Stimmen bezweifelten in den vergangenen Tagen, dass es in Ravensburg überhaupt ein breites Interesse an der Realisierung einer Modellschule gibt. Dazu sagt Micha Matschinski: „Der GEB ist ein Gremium der Elternbeiratsvorsitzenden aller Schulen in Ravensburg. Es ist selbstverständlich, dass die Positionen und Ansichten unterschiedlich sind. Auffallend war aber, dass in der letzten GEB-Sitzung, bei der Rudolf Bosch als Vertreter der Pädagogischen Arbeitsgruppe das inhaltliche Konzept der Modellschule vorgestellt hat, die Stimmung unter den anwesenden Elternvertretern aufgeschlossen und positiv gegenüber den Ergebnissen war."

Ein Ziel des Vorstandes ist es laut Presseerklärung, Eltern stärker in die Debatten einzubeziehen. Die Einführung einer Modellschule in Ravensburg brauche Transparenz und Elternbeteiligung.

Datum: 10.08.2011 Nr.
☒ Schwäbische
☐ Südkurier, A
☐ Ravensburg
☐ Mitteilungsbl

200.320.2

Modellschule: Eine Genehmigung ist fraglich

Ravensburgs Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp ist nach „allerjüngsten Erkenntnissen" skeptisch

Von Frank Hautumm

RAVENSBURG - Seit bekannt geworden ist, dass als Standorte für die neue Ravensburger Modellschule aus Sicht der Verwaltung nur die Neuwiesen- oder die Kuppelnauschule infrage kommen, schlagen die Wogen hoch. Weil die Realisierung des ambitionierten Projektes die Auflösung der jeweiligen „alten" Schule zur Folge hätte, wehren sich Schulleiter, Eltern und Fördervereine vehement gegen die Pläne. Vielleicht ist die Aufregung schon in sechs Wochen wieder vorbei.

Bis dahin weiß die Stadt nämlich, ob das Land die neue Schule überhaupt genehmigen wird. Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp ist da inzwischen eher skeptisch: „Ob wir die Genehmigung bekommen, ist nach den allerjüngsten Erkenntnissen sehr fraglich", sagte er der SZ.

Die „allerjüngsten Erkenntnisse" entspringen offenbar einem Besuch in Stuttgart. Weil die Grün-Rote Landesregierung mit einem neuen Schulgesetz im März nächsten Jahres die Gemeinschaftsschule einführen will, ist es aus Sicht der Verwaltung wahrscheinlich, dass ein Schulversuch – und als solcher gilt das Modell – abgelehnt wird, wenn er den Plänen zu sehr ähnelt. In Nordrhein-Westfalen habe es ein entsprechendes Grundsatzurteil gegeben. Noch bis vor kurzem war man in Ravensburg laut Rapp davon ausgegangen, dass eine Genehmigung der Modellschule reine Formsache sei. Entsprechend hatte sich ein Mitarbeiter im Ministerium laut Stadt geäußert. „Das war wohl etwas voreilig", sagte Rapp jetzt.

Sollte nach den Sommerferien doch eine Genehmigung des Kultusministeriums vorliegen, geht es an die Standortfrage. „Vor einer Entscheidung über den Standort sind die schulischen Gremien selbstverständlich zu beteiligen", sagt der OB. Rapp will eine konkrete Elternbefragung durchführen, sobald er Grünes Licht vom Land hat. Beworben hat sich keine Schule um das neue Modell. Und einen Neubau hatte die Stadt aus finanziellen Gründen von Anfang an ausgeschlossen.

Bleiben die Kuppelnauschule und die Neuwiesenschule, die als Favorit des Gemeinderates gilt. Nur diese beiden Standorte kommen nach einer Prüfung aller bestehenden Schulgebäude laut Rapp überhaupt für das Modell infrage – mit den entsprechenden Konsequenzen. Nachdem sich bereits Betroffene sowohl der Grundschule Neuwiesen als auch der Werkrealschule Neuwiesenschule vehement gegen die Pläne ausgesprochen hatten (die SZ berichtete mehrfach), gibt es nun auch Widerstand aus der Kuppelnau, deren Hauptschul-Rektor Rudolf Bosch das pädagogische Konzept für die Modellschule als Leiter des Arbeitskreises maßgeblich mit ausgearbeitet hatte. „Auch wir, die Grundschule Kuppelnau und St. Christina, wollen diese Modellschule nicht an unserem Standort in der Kuppelnau", schreibt Hubert Bruder, Leiter der Grundschule, in einem Brief an die Schwäbische Zeitung.

> „Auch wir wollen diese Modellschule nicht an unserem Standort."
>
> Hubert Bruder, Rektor der Grundschule Kuppelnau

„Ich verstehe die Eltern der Grundschule Neuwiesen sehr gut, wenn sie sich gegen die Modellschule an ihrem Standort wehren", so Bruder, der weiter ausführt: „Wir wollen unsere von den Eltern in zwei Vereinen sehr professionell unterstützte Grundschule für die uns anvertrauten Schülerinnen und Schüler weiterführen." Die Grundschule Kuppelnau habe steigende Schülerzahlen und werde im kommenden Schuljahr eine weitere erste Klasse einrichten können. Der Schulleiter: „Wenn die Politik diese Modellschule unbedingt will, soll sie daher konsequenterweise eine neue Schule bauen und keine bestehende, gut funktionierende und von den Eltern getragene Schule auflösen und Grundschülerinnen und Grundschülern damit extrem lange Schulwege vorgeben".

Und noch eines wurmt Bruder: „Wenn wir pro Schülerin bzw. Schüler das doppelte Raumangebot und die doppelte Lehrerzuweisung bekommen würden, wie bei der Modellschule vorgesehen, könnten wir auch an unseren Schulen jedes Kind individuell und gezielt fördern."

Datum: 06.08.2011 Nr.

- [x] Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
- [ ] Wochenblatt
- [ ] Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
- [ ] INFO Wochenzeitung
- [ ] Ravensburger Stadtmagazin
- [ ] Stadtkurier
- [ ] Mitteilungsblatt Ortschaften
- [ ] _____

200.320,3

„Schüler können problemlos wechseln"

Ravensburger CDU will Werkrealschule Neuwiesen erhalten

RAVENSBURG (fh) – Die Ravensburger CDU hat gestern einen SZ-Bericht weitgehend bestätigt, wonach sie wie die FDP-Fraktion bei der Realisierung der Modellschule noch zahlreiche Fragen offen sieht.

So sind laut Stadtrat Rudi Hämmerle Kostenfrage und Finanzierung noch vollkommen ungeklärt. Die CDU erwartet vom Land „erhebliche finanzielle Unterstützung", die Modellschule dürfe nicht zu Lasten anderer Schulen gehen. Die CDU werde außerdem für den Erhalt des „Erfolgsmodells Werkrealschule" an den verbleibenden Standorten kämpfen. Dies würde, wie die FDP zuvor im Namen beider Fraktionen schon in einem Brief an die Eltern erklärt hatte, den vom Gemeinderat favorisierten Standort Neuwiesenschule definitiv ausschließen. Nach den Plänen der Verwaltung müssten sowohl die Grundschule als auch die Werkrealschule Neuwiesen der neuen Modellschule zwingend weichen, um den erforderlichen Platz zu gewinnen. Wie die FDP will auch die CDU bei der Standortfrage Schüler und Eltern einbeziehen.

Nach der Einschätzung von Hämmerle könnten im Übrigen Schüler und Eltern, die das Angebot Modellschule nicht annehmen wollen, „problemlos an den anderen Standorten der Stadt und Ortschaften den Unterricht wählen". Dies sehen die Eltern der Neuwiesenschule anders. „Ausgerechnet Grundschülern den Standort zu verlegen, empfinden wir als unsinnig. Vom Reifegrad, von der Selbstständigkeit und auch von der Gefährdung ist hier ein weiterer Schulweg nicht tragbar", heißt es im Protestbrief der Betroffenen.

Hämmerle betont außerdem, dass die CDU den Antrag für die Modellschule immer mehrheitlich mitgetragen habe. In der Fraktion gibt es aber offensichtlich unterschiedliche Auffassungen. So hatte Rolf Engler, stellvertretender Fraktionschef, als einziges Gemeinderatsmitglied gegen den Antrag gestimmt. Und kurz davor hatten Zitate von CDU-Stadtrat Dr. Ulrich Höfler für Streit gesorgt. Höflacher, Mitglied im Beirat für Schulentwicklungsplanung, hatte während einer CDU-Veranstaltung gesagt, man werde das Konzept für die Modellschule „argumentativ zerpflücken". Es handele sich um „Pseudopädagogik".

rv01rav1_06_Aug_SV

Datum: 05.08.2011 Nr.

☒ Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
☐ Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
☐ Ravensburger Stadtmagazin
☐ Mitteilungsblatt Ortschaften
☐ Wochenblatt
☐ INFO Wochenzeitung
☐ Stadtkurier
☐ _____

200.320.3

Modellschule: FDP und CDU gehen jetzt auf Distanz

Eltern der Neuwiesenschule sprechen von „kommunalpolitischem Schildbürgerstreich"

Von Frank Hautumm

RAVENSBURG – Die Fraktionen von FDP und CDU im Ravensburger Gemeinderat werden wohl gegen die Neuwiesenschule als Standort für die neue Modellschule stimmen. Schwarz und Gelb stellen dazu offenbar die Realisierung des Projektes grundsätzlich infrage – trotz bisher im Verbund mit den anderen Parteien getroffener Beschlüsse und monatelanger gemeinsamer Arbeit am Konzept.

Damit erhalten gleichzeitig die Proteste von Eltern, Schulleitung und Förderverein der Neuwiesenschule Rückenwind. Wie berichtet, haben die Betroffenen entsetzt reagiert, als sie aus der SZ erfuhren, dass ihre Schule in den maßgeblichen Ausschüssen Favorit für den Standort des Modells ist und in der Folge der Neuwiesenschule deshalb die Auflösung droht. Als einzig möglichen zweiten Standort hat die Verwaltung die Kuppelnauschule vorgeschlagen.

> „Mit einer Genehmigung war ohnehin nicht zu rechnen."
>
> FDP-Chef Dr. Roland Dieterich zum Abstimmungsverhalten seiner Fraktion

In einem Schreiben an die protestierenden Eltern, das der SZ vorliegt, räumt FDP-Chef Dr. Roland Dieterich ein, dass seine Fraktion der Erarbeitung der Modellschule zugestimmt habe, als das Kultusministerium noch CDU geführt war (also vor den Landtagswahlen, die Redaktion), „so dass mit einer Genehmigung ohnehin nicht zu rechnen war".

Auch dem jüngsten Antrag auf Genehmigung der Modellschule habe man – wie auch die CDU „ohne Enthusiasmus" – zugestimmt, „aber damit noch lange nicht der Realisierung". „Mit der Antragstellung sind die Weichen für eine Realisierung noch nicht gestellt. Wäre dem so gewesen, hätten CDU und FDP sicherlich nicht zugestimmt", heißt es in Dieterichs Stellungnahme weiter.

Die FDP werde einer Modellschule nur beipflichten, wenn eine deutliche Mehrheit der Ravensburger Eltern dafür sei. Weiterhin sollen die Eltern der betroffenen Schule (Neuwiesen oder Kuppelnau) mehrheitlich zustimmen. Die Finanzierung müsse zum Großteil durch das Land erfolgen. Und schließlich müsse die Schule einen Neubau erhalten oder in eine leer stehende Schule einziehen. Genau das aber hat die Verwaltung kategorisch ausgeschlossen. Dieterich führt weiterhin aus, dass „CDU und FDP sich in Fragen der Modellschule weitgehend einig sind und eine Koalition für die Eltern bilden wollen". Teil eins dürfte einige überraschen: Die Ravensburger CDU hatte Ende vergangenen Jahres noch öffentlich erklärt, beim Regierungspräsidium und Kultusministerium „aktiv" für die Ravensburger Modellschule werben zu wollen. Im Gemeinderat haben Schwarz und Gelb zusammen 16 von 38 Sitzen.

Nach den Eltern der Grundschule Neuwiesen (die SZ berichtete) haben nun auch Elternbeirat und Förderverein der Werkrealschule Neuwiesen massive Kritik an Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp und dem Gemeinderat in Zusammenhang mit der Standortfrage geübt. In einem Brief an die SZ sprechen Elke Prill, Annemi Pollak und Olivia Münz von einem „kommunalpolitischen Schildbürgerstreich". Eine seit Jahren gut funktionierende Schule solle aufgelöst werden, „um einer pädagogischen Mogelpackung" Platz zu machen.

Die Eltern verweisen unter anderem auf die Erfolge der Schule, die als einzige öffentliche Werkrealschule von Klasse 5 bis 9 zweizügig ist und viele Ravensburger Jugendliche, die eine Empfehlung für die Hauptschule gehabt hätten, zur mittleren Reife geführt habe. Engagierte Lehrer mühten sich seit Jahren mit großem Erfolg und Einsatz um die Kinder. Die Betroffenen sind enttäuscht von der „Bastapolitik" der Kommunalpolitik. Der Oberbürgermeister selbst habe vor einem Jahr eine Elternbefragung zugesagt.

> „Unverständnis und echte Wut gegenüber der Verwaltung."
>
> Eltern der Grundschule Neuwiesen in einem Protestbrief an das Kultusministerium und Lokalpolitiker

Die Eltern der Grundschule wiederum haben inzwischen einen Protestbrief an das Kultusministerium, das Schulamt Markdorf, den Oberbürgermeister und alle Stadträte gerichtet. Die Rede ist von „blankem Unverständnis" und „echter Wut" gegenüber der Verwaltung wegen der aus Sicht der Betroffenen völlig missratenen Kommunikation und Information zum Standort. Außerdem lehne die Mehrheit im Einzugsgebiet dieses Schulkonzept ab. „Eine Entscheidung eines Gemeinderates, der weder die Betroffenen angehört, noch selber Kinder hat, die diese betrifft, ist alles andere als bürgernah und demokratisch", schreibt Inge Martini, Vorsitzende des Fördervereins.

Datum: 02.08.2011 Nr.

- [x] Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
- [ ] Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
- [ ] Ravensburger Stadtmagazin
- [ ] Mitteilungsblatt Ortschaften
- [ ] Wochenblatt
- [ ] INFO Wochenzeitung
- [ ] Stadtkurier
- [ ] _____

/ 200.320.3

Protest: Eltern kämpfen für die Neuwiesenschule

Überlegungen der Stadt für neue Modellschule sorgen für Ärger – Ein Standort wird geschlossen

Von Frank Hautumm

RAVENSBURG - Schüler und Lehrer der Neuwiesenschule wissen spätestens jetzt, wie wichtig der tägliche Blick in die Zeitung ist: Zum Projekt „Zeitung in der Grundschule" gehörte bis letzte Woche jeden Morgen die Lektüre der SZ. Dort erfuhren Kinder und Erwachsene, dass es ihre Schule schon bald nicht mehr geben könnte. Weit gediehene Pläne, in der Südstadt die neue Ravensburger Modellschule anzusiedeln und die bestehende Schule aufzulösen, sorgen bei Schulleitung, Eltern und Förderverein für Empörung.

Wie berichtet, hat der Gemeinderat am 18. Juli die Ravensburger Modellschule beschlossen und die Verwaltung beauftragt, einen Genehmigungsantrag beim Kultusministerium zu stellen. Diese „ideale Schule" soll allen Kindern bis 16 Jahre offenstehen, es gibt klassenübergreifenden Unterricht und Noten erst ab Klasse sieben. Eigentlich sollte am 18. Juli laut Tagesordnung auch die Entscheidung über den Standort fallen, erst kurz vor der Sitzung war die Beschlussvorlage für diesen Punkt geändert worden. Klar ist inzwischen aber, dass nur die Kuppelnau- oder die Neuwiesenschule infrage kommen. Klar ist auch, dass die Mehrheit im Gemeinderat zur Neuwiesenschule tendiert. Eine Überraschung für alle Betroffenen, galt bisher doch die Kuppelnauschule von Ideengeber Rudolf Bosch als klarer Favorit, wenn nicht als alleiniger Kandidat. Nichtöffentlich lief die Diskussion nach Vorarbeit der Verwaltung aber offenbar anders, was in der Ratssitzung eher beiläufig publik wurde.

„So kann man nicht mit Schülern und Eltern umgehen. Mich und die Kollegen nehme ich da bewusst heraus", macht Lothar Landsbeck, Direktor der Grundschule, seinem Ärger Luft. Aus der Zeitung haben Monika Lang, stellvertretende Elternbeiratsvorsitzende, Inge Martini, Vorsitzende des Fördervereins, sowie ihre Mitstreiter Stefanie John und Sven Jetter von der Entwicklung erfahren. „Und das direkt vor den Ferien. Wir haben im Moment keine Möglichkeit zu reagieren."

„Das ist eine Abwicklung"

Die Runde, die sich zu Ferienbeginn versammelt hat, kann vor allem eines nicht verstehen: „Warum wird eine gut geführte, engagierte Grundschule geschlossen, um einem Modell Platz zu machen, das nur für wenige interessant sein dürfte?" Landsbeck: „Ein funktionierendes Gebilde wird einfach platt gemacht." Als „diskriminierend" empfinden es die Betroffenen, sollte tatsächlich wie angedacht ab 2012 ein schleichender Wandel eingeleitet werden. Das hieße, es würden an der „alten" Neuwiesen keine Kinder mehr eingeschult, bisherige Klassen sollen „herauswachsen". Landsbeck: „Das ist dann keine Schule mehr, sondern eine Abwicklung." Und: „Ich frage mich, ob das, was jetzt hier passiert, von den Initiatoren so gewünscht war."

Die Eltern argumentieren weiter mit unzumutbaren Schulwegen, müssten ihre Kinder nach Weißenau oder auf die Kuppelnau ausweichen. Viele hätten sich zudem ganz bewusst für die Neuwiesenschule entschieden. Es bleibe auch die Frage, wie die Auswahl für die neue Schule erfolgen soll: Diese wird pro Jahr nur 25 Kinder, diese jedoch aus dem gesamten Stadtgebiet, aufnehmen. Unverständlich für die Eltern auch: Gerade baut die Stadt auf der Fischerwiese, direkt neben der Schule, 30 Wohnungen für Familien. Der Förderverein beklagt, dass er nun nach dieser Nachricht wohl kaum noch Sponsoren gewinnen werde. Eltern und Rektor sorgen sich schließlich auch um die Kinder aus dem Frauenhaus, die bisher hier betreut wurden.

OB Dr. Daniel Rapp verweist darauf, dass die Entscheidung für den Standort noch nicht gefallen sei, bestätigt jedoch die „mehrheitliche Präferierung des Standortes Neuwiesen im Schulausschuss". Vor einer Entscheidung seien die schulischen Gremien (Eltern und Lehrer) „selbstverständlich zu beteiligen". Rapp führt in einem Schreiben an die Eltern aus, dass nach den „allerjüngsten Ankündigungen des Landes bezüglich eines neuen Schulgesetzes ...noch überhaupt nicht fest(steht), ob vor dem Hintergrund der geplanten Einführung der Gemeinschaftsschule im ganzen Land eine Modellschule überhaupt genehmigt werden kann". In der Ratssitzung hieß es, eine Genehmigung sei nur Formsache.

Kommentar

Von Frank Hautumm

Standortfrage wird zum Ballast

Angesichts des ideologischen Ballastes, den das Thema lange mit sich herumschleppte, ist das Kardinalproblem der Ravensburger Modellschule schnell ein vergleichsweise schlichtes geworden: Geld. Weil dieses im städtischen Sparstrumpf knapp ist, hat die Verwaltung einen Schulneubau für das ambitionierte Projekt kategorisch ausgeschlossen. Die Konsequenz: Künftig soll an einem bestehenden Standort gemeinsam gelernt werden, was wiederum die Schließung einer etablierten, funktionierenden Schule zur Folge haben wird.

Kein Wunder, dass dies heftigen Widerstand provoziert. Dies umso mehr, als die Stadt in der Standortfrage kein Glanzstück in Sachen Transparenz und Kommunikation abgeliefert hat. Die – nachvollziehbaren – Argumente derer, die sich jetzt gegen die Auflösung der Neuwiesenschule wehren, werden befeuert von der Entrüstung über den Umgang der Verwaltung mit den Betroffenen.

Man darf getrost vermuten, dass dieser Widerstand einigen wohl nicht ganz ungelegen kommt. CDU und FDP haben mit erkennbar wenig Begeisterung das gemeinsam im Gemeinderat beschlossene Modell vorangetrieben, einige haben es zuletzt auch mehr oder weniger offen torpediert. Und dass nun eine Mehrheit im Gremium ausgerechnet jene Schule, deren Leiter – gleichzeitig Stadtrat der Grünen – sich als Impulsgeber hervorgetan und um das Modell beworben hat, als weniger geeignet einstuft, könnte Gründe jenseits der Sachebene haben. Womit wir doch wieder bei der Ideologie gelandet wären.

Die Eltern, die betont haben, keinerlei grundsätzliche Bedenken gegen die neue Schulform zu hegen, können daher auf Unterstützung aus unterschiedlichen Motiven hoffen. Das macht die Gefechtslage noch unübersichtlicher. In dieser Situation hilft vielleicht, die Standortfrage noch einmal sorgfältig zu prüfen. Gibt es wirklich keine Alternative zu Kuppelnau und Südstadt? In Oberzell beispielsweise steht eine Hauptschule leer.

✉ f.hautumm@schwaebische.de

Datum: 20.07.2011 Nr.

☒ Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
☐ Wochenblatt
☐ Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
☐ INFO Wochenzeitung
☐ Ravensburger Stadtmagazin
☐ Stadtkurier
☐ Mitteilungsblatt Ortschaften
☐

200.320.3

Bildung: Die Modellschule kommt

Stuttgart hat Genehmigung bereits signalisiert - Standort wird wohl Neuwiesenschule

Von Bernd Adler

RAVENSBURG - Der Gemeinderat hat bei nur zwei Gegenstimmen die Ravensburger Modellschule beschlossen und die Verwaltung beauftragt, einen Genehmigungsantrag beim Kultusministerium zu stellen. Nach Auskunft der Stadt ist das nur eine Formsache: Stuttgart habe bereits signalisiert, dass es die Modellschule genehmigen wird.

Damit geht Ravensburg einen Sonderweg in der baden-württembergischen Bildungslandschaft mit dem Versuch, eine ideale Schule zu installieren. Die Modellschule soll allen Kindern zwischen drei und 16 Jahren offenstehen, die Kinder werden nicht nach guten und schlechten Schülern getrennt, es gibt klassenübergreifenden Unterricht, aber Noten erst ab Klasse 7. Die Kinder werden nicht nach Klasse 4 getrennt, nach Klasse 10 soll aber ein Übergang auf Gymnasien möglich sein.

Als Standort für die Modellschule war in der Vergangenheit immer die Kuppelnauschule gehandelt worden. Jetzt deuten die Stimmung im Beirat für Schulentwicklungsplanung, im Ausschuss für Bildung und Schule sowie im Ravensburger Gemeinderat aber darauf hin, dass die Neuwiesenschule Standort der neuen Ideal-Schule werden könnte.

Die Stadtverwaltung hat mögliche Standorte untersucht und war aufgrund des Flächenbedarfs zum Ergebnis gekommen, dass nur die Kuppelnau- und die Neuwiesenschule dafür infrage kommen. Bei der Bewertung der Standortfaktoren (unter anderem Barrierefreiheit, Fachräume, Erweiterungsmöglichkeiten, Zentralität, Mensa) schnitten beide Schulen praktisch gleich gut ab. Auch die Kosten für notwendige Umbauten fallen in etwa gleich aus.

Die Entscheidung für den Standort ist am Montag im Gemeinderat noch nicht gefallen. Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp bestätigte aber, dass Ausschuss und Beirat zur Neuwiesenschule tendierten. Ausschlaggebendes Argument sei die geografische Lage. Denn: Dort, wo die Modellschule entsteht, muss die bestehende Grundschule geschlossen werden. Das heißt: Grundschüler aus diesem Schulbezirk müssen auf andere Schulen verteilt werden. Konkret: Schließt die Grundschule Neuwiesen, so könnten die Kinder auf Weißenau oder die Kuppelnau ausweichen. Schließt aber die Kuppelnau, so wäre für den gesamten Nordstadt- und Innenstadtbereich die Neuwiesenschule die nächste erreichbare Grundschule.

Bei den derzeitigen Erstklässlern würde das bedeuten, dass 41 Kuppelnau-Schüler auf eine andere Grundschule „verteilt" werden müssten. Würde hingegen die Neuwiesenschule Modellschule, wären es 27 Kinder. Für die Neuwiesenschule als Standort der neuen Schulform spricht aus Sicht der Verwaltung daher die zentrale Lage zwischen den beiden Grundschulen Kuppelnau und Weißenau. Für die betroffenen Kinder würde dennoch der Schulweg länger werden.

Das Bildungsprojekt „Modellschule Ravensburg" kommt auf die Sprünge. Die Genehmigung gilt als gesichert, Standort wird wahrscheinlich die Neuwiesenschule werden. FOTO: DEREK SCHUH

Datum: 01.07.2011 Nr.

☒ Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
☐ Wochenblatt
☐ Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
☐ INFO Wochenzeitung
☐ Ravensburger Stadtmagazin
☐ Stadtkurier
☐ Mitteilungsblatt Ortschaften
☐ _____

100.320.3

Vorreiter: Modell soll Schule machen

Rektor Rudolf Bosch (Grüne) findet Gemeinschaftsschulen sinnvoller als Oberschulen

Von Annette Vincenz

Rudolf Bosch wäre gern erster Schulleiter der Ravensburger Modellschule. ARCHIVFOTO: ROLAND RASEMANN

RAVENSBURG – Von der „neuen Superwaffe Oberschule" der CDU hält der schulpolitische Sprecher der Grünen im Ravensburger Gemeinderat, Rudolf Bosch, nicht viel. Die Idee von Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU), Hauptschulen und Realschulen zu fusionieren, sei nur der Not des demografischen Wandels geschuldet. Und dem Philologenverband, der seine Gymnasien gegen die potenzielle Oberschule „abschotten möchte". Denn diese sei eine noch geringere Bedrohung als die jetzigen Realschulen.

Bosch, der als Hauptschulrebell von sich reden machte, ist einer der Hauptinitiatoren der Ravensburger Modellschule, deren Entwicklung in den Endzügen liegt und die schon nach der Sommerpause beim Kultusministerium beantragt werden soll, nach dem Regierungswechsel in Stuttgart freilich unter erheblich besseren Vorzeichen als früher, hatte die schwarz-gelbe Vorgängerregierung doch nie einen Hehl aus ihrer Bevorzugung des dreigliedrigen Schulsystems gemacht.

Der Rektor der Hauptschule Kuppelnau hofft, dass seine Schule Standort für die Gemeinschaftsschule wird, in der eben nicht nur Haupt- und Realschüler, sondern auch Gymnasiasten und Förderschüler unterrichtet werden. Der 59-Jährige möchte sich auch als Schulleiter bewerben und seinem Baby gewissermaßen zu einem guten Start ins Leben verhelfen.

Das Konzept sieht jahrgangsübergreifende Lerngruppen mit maximal 25 Schülern vor, in denen die Jahrgänge 1 bis 3, 4 bis 6, 7 und 8 sowie 9 und 10 gemeinsam unterrichtet werden. Abschluss ist die Mittlere Reife, eventuell auch der Hauptschulabschluss nach Klasse 9 für Schüler, die danach gleich eine Berufsausbildung machen wollen. Gute Schüler sollen im Anschluss sowohl auf ein Berufliches Gymnasium als auch eines der drei städtischen Gymnasien wechseln können. Englisch und Französisch werden als Fremdsprachen angeboten, möglicherweise auch weitere wie Latein oder Spanisch.

Noten gibt es erst ab Klasse 7. „Wir wollen keine Angst und keinen Druck erzeugen und niemanden stigmatisieren." Moderne wissenschaftliche Erkenntnisse hätten längst erwiesen, dass Noten eher nicht zum Lernen motivieren. An der gebundenen, also verpflichtenden Ganztagsschule soll viel Zeit für individuelle Förderung, die Vermittlung sozialer Kompetenzen und musische Fächer bleiben.

Bosch merkt an der großen Zahl an Anfragen an ihn von Schulleitern, Gemeinderäten und Elternvertretungen aus dem ganzen Land, dass auch viele andere Kommunen an alternativen Schulmodellen arbeiten. Den größten Widerstand sieht Bosch dabei beim Philologenverband. Wobei er in Ravensburg die Erfahrung gemacht hat, dass viele Gymnasiallehrer die Vision einer Gemeinschaftsschule teilen und daran engagiert mitarbeiten.

Der Beirat für Schulentwicklungsplanung berät am kommenden Dienstag über den Standort der Modellschule, der Schulausschuss am Mittwoch, 13. Juli. Die endgültige Entscheidung soll dann am 18. Juli im Gemeinderat fallen.

Datum: 05.05.2011 Nr.

☒ Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
☐ Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
☐ Ravensburger Stadtmagazin
☐ Mitteilungsblatt Ortschaften
☐ Wochenblatt
☐ INFO Wochenzeitung
☐ Stadtkurier
☐ _____

Detailliert: Schulversuch nimmt Gestalt an

„Ravensburger Modellschule – gemeinsam lernen" kommt voran – Bis zur Antragsreife gibt's noch hohe Hürden

Von Peter Engelhardt

RAVENSBURG - Ein weiterer Schritt in Richtung „Ravensburger Modellschule – gemeinsames Lernen" ist jetzt getan worden. Mit nur einer Enthaltung hat der Beirat für Schulentwicklungsplanung am Dienstag das Konzept der pädagogischen Arbeitsgruppe unter Leitung von Rudi Bosch, dem Rektor der Hauptschule Neuwiesen, abgesegnet.

Dass der Teufel im Detail steckt und dass die Stadt bis zur Genehmigungsfähigkeit des Modells durch das Kultusministerium noch zahlreiche Hürden überwinden muss, machte die Diskussion schnell deutlich. Jetzt wird die Stadtverwaltung zusammen mit der Steuerungsgruppe einen Vorschlag erarbeiten und

> „Ein hervorragender Entwurf, dem jedoch die Attraktivität gymnasialer Ziele fehlt."
>
> Andreas Müller vom Philologenverband

den zuständigen Gremien zur Beratung vorzulegen haben.

Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp, der das einstimmige Votum des Gemeinderats vom November 2009 zugunsten der Modellschule noch einmal in Erinnerung rief, bezeichnete das Modell mit Nachdruck als „zusätzliches Angebot" in der Ravensburger Schullandschaft. Es dürfe nicht dazu führen, fügte das Stadtoberhaupt hinzu, „dass andere Schulen dadurch benachteiligt werden".

Angesichts des zu erwartenden personellen und räumlichen Mehrbedarfs ließ Rapp keinen Zweifel daran, „dass wir finanzielle Unterstützung durch das Land brauchen". Als sogar „mehr als idealtypisch" stufte Karlheinz Beck, der Leiter des Amts für Schule, Jugend, Sport, das von Bernd Dieng und Julia Schliep von der Pädagogischen Arbeitsgruppe präsentierte Modell, das der Träger allein nicht zu schultern vermöge. Beck wies nicht zuletzt auf die Barrierefreiheit hin, die ein Gebäude für diesen Zweck bieten müsse.

In der Präambel des Modellentwurfs ist von einer staatlichen Angebotsschule die Rede, die sich „in das Spektrum der verschiedenen schulischen Angebote der Stadt Ravensburg einfügen" soll. Als Ziel der Schule wird eine „Schulbiografie ohne Brüche" genannt. Als sehr bedeutsam wird die enge Verzahnung der Modellschule mit den Kindertagesstätten bezeichnet. Kinder mit besonderen Begabungen seien ebenso willkommen wie Kinder mit besonderem Förderbedarf, heißt es, „denn die Modellschule begreift Unterschiedlichkeit als Chance" (siehe Kasten). Dr. Ulrich Höflacher, CDU-Vertreter im Beirat, sprach von ein paar sehr guten Gedanken im Entwurf der Arbeitsgruppe, bemängelte indessen das noch „abstrakte Niveau", in dem praxisbezogene Hinweise fehlten. Die neue Schule dürfe keinen Konkurrenzdruck innerhalb der Ravensburger Schullandschaft erzeugen.

Anerkennend äußerte sich Wolfgang Engelberger (SPD) über den Modellentwurf (Stichworte: zwei große Pausen, große Stundenblöcke), bei dem das Familienleben (Stichwort: Unterrichtschluss um 15.30 Uhr) ebenso wenig zu kurz komme wie das Vereinsleben. Es fehle, so fügte der Stadtrat hinzu, ein Kapitel zur Leistungsmessung.

„Viel Neues" bescheinigte Beiratsmitglied Markus Brunnbauer dem neuen Modell. Aus Sicht des IHK-Vertreters kommen allerdings Bezüge zur beruflichen Bildung zu kurz. Professor Dr. Dietmut Kucharz von der Pädagogischen Hochschule Weingarten sprach von einem guten Grundkonzept, in dem manches jedoch noch vage bleibe. Die Sorge einiger ihrer Vorredner, was die räumlichen und personellen Anforderungen betrifft, wollte die Professorin nicht gänzlich teilen. Kucharz räumte allerdings ein, dass die Betreuung behinderter Kinder (Inklusion) ohne räumliche und personelle Sonderausstattung nicht zu haben sei.

Inge Brobeil-Wolber (Grüne) maß der Stadt Ravensburg eine beispielhafte Rolle in der Region bei, machte sich mit Nachdruck für eine zeitnahe Umsetzung des Konzepts stark und sah sich dabei von Oberbürgermeister Rapp unterstützt.

Gute Noten stellte dem Konzept auch Franz Bertrand, der Rektor des Bildungszentrums St. Konrad, aus, bemängelte jedoch fehlende Gedanken über die vorschulische Erziehung. Andreas Müller vom Philologenverband meinte: „Ein hervorragender Entwurf, dem jedoch die Attraktivität gymnasialer Ziele fehlt."

So könnte die neue Modellschule aufgebaut sein

Der Gemeinderat hatte der Pädagogischen Arbeitsgruppe (PAG) für die „Angebotsschule" (Wahloption für Eltern) unter anderem diese Vorgaben gemacht: Vielfalt, keine Aufteilung an der klassischen Stelle, Grundschulempfehlung nur bei Wechsel, vorschulische Bildung eingeschlossen, mittlerer Abschluss ist Regelabschluss, Anschluss ans Gymnasium muss ebenfalls eingeschlossen sein. Die PAG hält alle Vorgaben für erfüllt mit Ausnahme der Einbindung der vorschulischen Bildung, da „Schule und Kindergarten momentan noch zwei getrennte Systeme darstellen". Man hat daher das Bildungshaus als „kooperativen Bestandteil des Konzepts" definiert.

In der Modellschule – es handelt sich um eine Ganztagsschule für alle Klassen – sind Jahrgangsklassen aufgelöst; es werden Lerngruppen in vier Stufen geschaffen: die Jahrgangsstufen 1 bis 3, die Jahrgangsstufen 4 bis 6, die Jahrgangsstufen 7 und 8 sowie die Jahrgangsstufen 9 und 10.

Begonnen wird zunächst in drei Gruppen mit – so wird kalkuliert – 75 Schülern in Stufe 1 (Jahrgangsstufen 1 bis 3). Es folgen die Stufe 2 mit 75 Schülern in drei Gruppen und schließlich die Stufen 3 und 4 mit jeweils 50 Schülern in zwei Gruppen. Die Modellschule vergibt die Abschlüsse der Sekundarstufe 1 (Hauptschulabschluss nach Klasse 9, Werkschulabschluss und Realschulabschluss nach Klasse 10). Der Wechsel an ein allgemeinbildendes Gymnasium soll nach Klasse 9 beziehungsweise an ein Berufliches Gymnasium nach Klasse 10 bei entsprechendem Leistungsprofil möglich sein. Ziele der Modellschule sind unter anderem: Sicherung der Chancengleichheit durch längeres gemeinsames Lernen in leistungsheterogenen und altersgemischten Gruppen („Schüler lernen von Schülern"); Vollzug einer kontinuierlichen individuellen Bildungsbiografie durch den Wegfall von Übergängen im „Bildungssystem ohne Brüche"; Schaffung der Voraussetzungen für die Integration behinderter Kinder („Inklusion".

Die Stadtverwaltung prüft derzeit, an welchem Standort das Modellprojekt begonnen werden kann. Ein Neubau kommt, so Oberbürgermeister Dr. Rapp, nicht infrage. Auch über Kosten sind derzeit, so die Stadtverwaltung, noch keine Aussagen möglich. Man wird mit der neuen Landesregierung darüber reden. Schulamtsleiter Karlheinz Beck hält den Herbst 2012/2013 für ein „ehrgeiziges Ziel". (pe)

Datum: 01.12.2010

☒ Schwäbis
☐ Südkurie
☐ Ravensb
☐ Mitteilung

Gemeinderat 200.322.103.042.2

Jetzt also doch: Ja zu Werkrealschulen

RAVENSBURG - Als „Etikettenschwindel" bezeichnen es die Gegner, als „Wettbewerbsvorteil" die Befürworter: Der Ravensburger Gemeinderat hat nun doch beschlossen, für die Ravensburger Hauptschulen den Antrag auf Einrichtung von Neuen Werkrealschulen (NWRS) zu stellen. Überraschend: Auch die Kuppelnauschule hat sich darum beworben, obwohl deren Leiter Rudolf Bosch ein Gegner des dreigeteilten Schulsystems ist.

Von unserer Redakteurin Annette Vincenz

Damit revidierte das Stadtparlament seine Haltung von 2009: Damals hatte sich das Gremium gegen die Einführung der NWRS entschieden (siehe Daten & Fakten). Die Gegner halten die Schulform, an der nach Besuch des zehnten Schuljahres der Realschulabschluss erworben wird, für eine Zementierung des dreigliedrigen Schulsystems und ein Schulschließungsprogramm für den ländlichen Raum: Grundbedingung für die NWRS ist mindestens eine Zweizügigkeit. Einzügige Schulen sollen Hauptschulen bleiben – was schon kurzfristig zu niedrigeren Schülerzahlen und damit einer Schließung führen werde, meinen die Kritiker.

Zustimmung fanden die Anträge der Stefan-Rahl-Schule (Obereschach) und der Kuppelnauschule (die Neuwiesenschule ist bereits Neue Werkrealschule) bei CDU, FDP und Freien Wählern. Außerdem war bei Sozialdemokrat Rainer Frank aus Eschach das Heimatgefühl stärker als die Parteizugehörigkeit: Die anderen SPD-Politiker, Grüne und Bürger für Ravensburg stimmten aus oben genannten Gründen dagegen.

Die Befürworter der NWRS begründeten ihre Entscheidung mit einer „Verbesserung der Wettbewerbssituation" (Dr. Roland Dieterich, FDP) und der Chance, an den betreffenden Hauptschulen einen mittleren Bildungsabschluss zu ermöglichen (Dr. Ulrich Höflacher, CDU). Innerlich zerrissen wirkten die Freien Wähler, die schweren Herzens zustimmten. „Wir sagen nach wie vor nein zu der neuen Schulform, aber ja zu den beiden Anträgen", begründete Margot Arnegger die pragmatische Haltung ihrer Fraktion.

Für Außenstehende nicht leicht zu begreifen: Auch die Kuppelnauschule will jetzt Werkrealschule werden. Deren Schulleiter Rudolf Bosch (Grüne) erlangte vor einigen Jahren landesweite Berühmtheit, weil er als „Hauptschulrebell" gegen den damaligen Kultusminister Helmut Rau opponierte und sich für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems einsetzte. Im Gespräch mit der SZ erklärte er gestern diesen scheinbaren Sinneswandel, der eigentlich keiner ist. Der Leiter des Staatlichen Schulamtes Markdorf, Klaus Moosmann, „mit dem ich zusammen studiert habe und früher befreundet war", habe ihn aufgefordert, Elternbeirat, Gesamtlehrerkonferenz und Schulkonferenz entscheiden zu lassen. Alle diese Gremien hätten sich für die Bewerbung als Werkrealschule ausgesprochen. Bosch, der nicht den Vorwurf auf sich sitzen lassen wollte, seine „politischen Spielchen auf dem Rücken der Schule auszutragen", akzeptiere diese Entscheidung, halte die neue Schulart aber dennoch für falsch. Die Häme, er sei sein Umfaller, müsse er nun ertragen. „Landesweit werde ich mich weiter dafür engagieren, wie ich mir Schule vorstelle."

An der Entwicklung der Modellschule für längeres gemeinsames Lernen halten alle Fraktionen im Gemeinderat weiterhin fest. Falls das Kultusministerium den Schulversuch genehmigt, würden alle Schüler bis Klasse 10 gemeinsam unterrichtet.

KOMMENTAR

Daten & Fakten

Eigentlich schien es eine klare Sache zu werden, als der Ravensburger Gemeinderat im vergangenen Herbst über die Einführung der Werkrealschule neuen Typs abstimmen wollte. Doch dann beantragten die Fraktionen von Grünen, SPD und „Bürger für Ravensburg", die über 17 von 38 Mandaten im Gemeinderat verfügen, gegen die Umwandlung der Hauptschulen in Werkrealschulen zu votieren und stattdessen beim Kultusministerium eine Modellschule für längeres gemeinsames Lernen zu beantragen. Da CDU-Stadtrat Hugo Adler bei der Abstimmung fehlte und es offenbar auch Abweichler in den Reihen der Werkrealschul-befürwortenden Fraktionen gab, kam der gemeinsame Antrag mit 19 zu 18 Stimmen bei einer Enthaltung durch. Was folgte, war völlige Verwirrung: Das Staatliche Schulamt vertrat zunächst die Auffassung, mit diesem Beschluss würden auch bestehende Werkrealschulen abgeschafft, ruderte dann aber zurück. Der damalige Oberbürgermeister Hermann Vogler legte Widerspruch gegen das Abstimmungsergebnis ein und setzte das Thema zur Neuberatung wieder auf die Tagesordnung des Gremiums, zog diesen dann aber wieder zurück. Im Frühjahr 2010 begannen die konkreten Vorarbeiten für ein Konzept einer Ravensburger Modellschule. (bua)

Schulkonzept

In Ravensburg sollen Schüler länger gemeinsam lernen

„Schule neu denken": So heißt nicht nur eine Agenda-Gruppe in Ravensburg. Mittlerweile ist die Bürgerinitiative aktiv eingebunden ins Projekt Modellschule, das die oberschwäbische Stadt auf den Weg gebracht hat.

Von Katy Cuko

In der vierten Klasse wird entschieden, auf welche weiterführende Schule die Schüler gehen. Viele halten das für zu früh. ARN-BPA

RAVENSBURG. Die beiden Frauen haben je drei Kinder und deshalb als Eltern zwangsläufig einen Erfahrungshorizont in Sachen Schule, der über viele Jahre reicht. Silvia Mendler ist zudem Lehrerin an einer Hauptschule in Ravensburg. Was sie und Marianne Staib eint, ist nicht allein die Betroffenheit über das ihrer Meinung nach starre Festhalten der Landesregierung in Baden-Württemberg am dreigliedrigen Schulsystem. Beide sind Mitglied der Ravensburger Agenda-Gruppe „Schule neu denken", die sich genau das auf die Fahne geschrieben hat.

Ohne Sortierungsdruck wäre Schulerfahrung eine andere

„Mit der Hauptschulempfehlung wird zehn-, elfjährigen Kindern suggeriert, mit ihnen sei etwas schiefgelaufen", sagt Silvia Mendler. Es sei mitnichten ihr Ansinnen, die Hauptschule kaputt zu reden. „Aber wir wollen, dass es nicht zu dieser Ausgrenzung kommt. Ohne den Sortierungsdruck würde die Schulerfahrung vieler Kinder eine ganz andere sein", ist sie überzeugt.

Als vor drei Jahren 100 Hauptschulrektoren aus dem Raum Bodensee-Oberschwaben mit dem „Schulrebell" Rudolf Bosch an der Spitze den offenen Brief zur Schulentwicklungsdebatte an den damaligen Kultusminister Helmut Rau (CDU) schickten und eine Lanze für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems brachen, da wollten auch Eltern von Grund- und Hauptschülern in Ravensburg zeigen, dass sie hinter dieser Forderung stehen.

Die Initiative ging von der Kuppelnauschule aus, an der Bosch Rektor ist, und binnen kurzer Zeit wurden 1600 Unterschriften von Eltern in der Stadt gesammelt, die damit für das längere gemeinsame Lernen ihrer Kinder eintraten. „Anfangs wollten wir die Elternschaft über alternative Schulmodelle informieren. Später haben uns die Ereignisse immer weiter getrieben", erklärt Marianne Staib, Sprecherin der Agenda-Gruppe, wie es zur Gründung des Arbeitskreises 2008 kam.

Dessen Ziele sind klar formuliert: Abschaffung der Grundschulempfehlung, neue pädagogische Konzepte zur individuellen Förderung jedes einzelnen Kindes, Erhalt wohnortnaher Schulen, die Umsetzung anerkannter wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Schulalltag und nicht zuletzt dadurch mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Kinder unabhängig von familiärem Hintergrund und sozialer Herkunft. „Wir möchten aufrütteln und zum Nachdenken und Diskutieren über unser Schulsystem anregen und dazu beitragen, dass ideologische Grabenkämpfe überwunden werden. Dazu bieten wir ein Forum", erklärt Marianne Staib. Um die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren, hat die Agenda-Gruppe zahlreiche Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Allianz für eine Modellschule statt Einrichtung einer Werkrealschule

Heute ist die Gruppe einen großen Schritt weiter, denn in Ravensburg gibt es eine vom Gemeinderat – auch mit Stimmen aus der CDU-Fraktion – mehrheitlich getragene Allianz für eine Modellschule. Statt die Einrichtung einer neuen Werkrealschule zu beschließen, wurde das städtische Amt für Schule, Jugend und Sport im Mai dieses Jahres beauftragt, die Rahmenbedingungen für eine Modellschule zu klären. Geplant ist ein Bildungshaus, in dem Kinder von 3 bis 16 Jahren gemeinsam lernen und das Anschluss ans Gymnasium bietet. Ziel ist eine Angebotsschule, in der Vielfalt ermöglicht wird, keine Selektion nach Klasse 4 erfolgt und die die Kinder mit einem mittleren Bildungsabschluss verlassen. Das Konzept soll bis Ende des Jahres vorliegen. Dies hat der Schulentwicklungsbeirat der Stadt beschlossen.

In diesem Beirat hat die Agenda-Gruppe mittlerweile Sitz und Stimme – und sie bringt sich aktiv ein. Der Entwurf für einen Fragebogen, in dem Eltern Aussagen zu ihrer Schulzufriedenheit und zum geplanten Schulversuch machen können, liegt bereits vor. Der soll in diesem Jahr in Ravensburg die Runde machen, auch wenn die Modalitäten noch nicht endgültig geklärt sind. Und: „Wir überlegen schon lange, wie unsere Wunsch-Schule aussehen würde", sagt Mendler. Die Säulen für ein pädagogisches Konzept hat die Gruppe bereits entworfen.

Schulversuche im Land

Allein 2008 gingen rund 60 Anträge auf neue integrative Modellschulen beim Kultusministerium ein. Die Mehrzahl davon wurde von Kommunen gestellt, die als Hauptschulstandort infrage standen. 2009 wurden Modellschulkonzepte auch in Städten wie Stuttgart oder Tübingen beschlossen. Ein ähnlicher Schulversuch wie der in Ravensburg geplante wurde im August 2009 in Karlsruhe abgelehnt. Begründung: „Das Kultusministerium wird keine Schulversuchsanträge genehmigen, die das Schulsystem beliebig machen und vom Landtag getroffene bildungspolitische Grundsatzentscheidungen konterkarieren."

Datum: 19. Februar 2010 Nr. 32

☒ Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg ☐ Wochenblatt

☐ Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen ☐ INFO Wochenzeitung

☐ Ravensburger Stadtmagazin ☐ Stadtkurier

☐ Mitteilungsblatt Ortschaften ☐

Beirat für Schulentwicklungsplanung

Schulversuch: Politiker sind angetan

RAVENSBURG - Als Erfolg haben die meisten Beiräte für Schulentwicklungsplanung den Ausflug nach Tübingen gewertet, auf dem sich die Ravensburger Bildungspolitiker Anregungen für den eigenen geplanten Schulversuch geholt haben. Am 30. März schauen sie sich eine weitere innovative Sekundarschule in der Schweiz an, um dann in einem Workshop das Konzept für Ravensburg zu erarbeiten.

Von unserer Redakteurin Annette Vincenz

„Ich kann natürlich nicht für alle sprechen, hatte aber insgesamt den Eindruck, dass es für alle ein aufschlussreicher Tag war", sagte Martina Fiegle vom Amt für Schule, Sport und Kultur auf Anfrage der „Schwäbischen Zeitung". „Die meisten waren sehr angetan und zufrieden."

Auf dem Stundenplan der Bildungspolitiker, die einen Schulversuch für längeres gemeinsames Lernen anstreben, stand die Besichtigung zweier Schulen in Tübingen: die Geschwister-Scholl-Schule und die Französische Schule. Bei der ersten läuft der Versuch bereits, bei der zweiten ist er beantragt.

Die Geschwister-Scholl-Schule hatte schon vor dem Versuch drei verschiedene Schularten unter einem Dach: Gymnasium, Realschule und Hauptschule. Diese bestehen auch weiterhin. In einem Extrazweig werden aber seit diesem Schuljahr Kinder mit Gymnasialempfehlung (15 Prozent), Realschulempfehlung (70 Prozent) und Hauptschulempfehlung (15 Prozent) gemeinsam unterrichtet. Lehrer kommen aus allen drei Schularten, derzeit aber noch weniger aus dem Gymnasium, weil die Gymnasiallehrer schon stark mit dem Doppel-Abitur-Jahrgang 2012 (der erste G8- und der letzte G-9-Jahrgang treffen zusammen, so dass in einem Jahr doppelt so viele Abiturienten ihre Prüfung ablegen) beschäftigt sind. Der Schulversuch basiert auf einem Lernangebot, das auf jedes einzelne Kind zugeschnitten wird. Deshalb wird das Lernen begleitet durch eine Diagnose – und Förder/Forderkonzeption. Sie beinhaltet die Erhebung des Begabungs- und Kompetenzprofils, eine Förderung für Leistungsschwächere, Entwicklungsmöglichkeiten für Hochbegabte, das Einüben von eigenverantwortlichem Lernen und eine individuelle Lernbegleitung.

CDU-Politiker ist begeistert

Bernd Bergemann (CDU) sieht enorme Vorteile in dem Schulversuch: Auch langjährige Lehrer zögen beim Schulversuch mit (trotz Mehraufwand in der Anfangs- und Entwicklungszeit). Schüler würden sehr gut gefördert. Schwächere Schüler würden individuell gefördert, starke Schüler (mit Real/Gymnasial/schulempfehlung) hätten schwerere Aufgaben in der gleichen Lerngruppe. Freude am Lernen und am selbstständigen Lernen werde systematisch unterstützt. Der Eindruck des CDU-Bildungspolitikers über die Schüler: „Sie fühlen sich wohl und wertgeschätzt."

Noch nicht genehmigt worden ist der Antrag der Französischen Schule, einer Grundschule mit verpflichtender Ganztagsbetreuung und jahrgangsübergreifendem Unterricht, ebenfalls in Tübingen. Diese Schule will künftig alle Kinder auch bis zur zehnten Klasse unterrichten, dafür würde die Stadt Tübingen neue Gebäude für fünf Millionen Euro einrichten – falls das Kultusministerium den Antrag bewilligt.

Als nächstes wollen sich die Ravensburger am 30. März eine Sekundarschule im schweizerischen Romanshorn besichtigen, bevor Ende April in einem Workshop genau festgezurrt wird, wie das Ravensburger Modell aussehen könnte. Denn eine Schwierigkeit gibt es im Vergleich zu Tübingen: Außer in der katholischen Privatschule Sankt Konrad, die für den Versuch flachfällt, gibt es keinen Gebäudekomplex in Ravensburg, in dem jetzt schon Schüler aller weiterführenden Schularten unter einem Dach unterrichtet werden.

Datum: 28.01.2010 Nr. 22

☒ Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg

☐ Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen

☐ Ravensburger Stadtmagazin

☐ Mitteilungsblatt Ortschaften

☐ Wochenblatt

☐ INFO Wochenzeitung

☐ Stadtkurier

☐ _____

Länger gemeinsam lernen Sch/Ise

Schulversuch: Projekt läuft

RAVENSBURG (vin) - Ravensburg geht bei der Schulentwicklungsplanung bekanntlich eigene Wege. Der Gemeinderat hatte einstimmig beschlossen, dass die Stadt beim Kultusministerium einen Schulversuch für längeres gemeinsames Lernen beantragt. Die organisatorischen Vorbereitungen sind jetzt angelaufen.

Im Beirat für Schulentwicklungsplanung wurde am Dienstagabend die erste Projektphase eingeläutet. Die Erziehungswissenschaftlerin Professor Bettina Müller übernimmt die Projektsteuerung. Müller kennt die Ravensburger Schullandschaft gut, weil sie von 2006 bis 2009 das Ravensburger Bildungsbüro geleitet hat.

Größtes Problem beim Schulversuch: Die Ravensburger wissen noch nicht, was sie genau unter längerem gemeinsamen Lernen verstehen sollen. Es gibt mehrere Möglichkeiten: Grundschüler werden nicht nach Klasse 4, sondern erst beispielsweise nach Klasse 6 getrennt. Oder auch gar nicht. Oder nur in Gymnasiasten auf der einen und Haupt- und Realschüler auf der anderen Seite.

Bei einem Workshop Ende April wollen die Beiratsmitglieder über die Details sprechen. Dabei soll auch geklärt werden, welche Voraussetzungen nötig sind, welche Übergänge an bestehende, weiterführende Schulen denkbar sind, welcher Schulstandort in Ravensburg für einen solchen Versuch infrage käme, welche räumlichen und finanziellen Konsequenzen der Schulversuch für die Stadt als Schulträger hätte.

Am 12. Februar schauen sich die Experten zwei Schulen in Tübingen an, die einen innovativen Schulversuch beantragt haben. Die Geschwister-Scholl-Schule ist ein Schulverbund aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium, der Versuch wurde bereits genehmigt und läuft sein Schuljahresbeginn. Die Französische Schule ist eine Grundschule, die in eine gemeinsame Schule für alle bis Klasse zehn umgewandelt werden will.

Auf die Frage, ob der Ravensburger Schulversuch Aussicht auf Genehmigung im Kultusministerium hat, meinte Oberbürgermeister Hermann Vogler: „Das muss mit großer Kraft betrieben werden, sonst wird nichts draus."

Datum: 17.11.2010 Nr.

☒ Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
☐ Wochenblatt
☐ Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
☐ INFO Wochenzeitung
☐ Ravensburger Stadtmagazin
☐ Stadtkurier
☐ Mitteilungsblatt Ortschaften
☐

Schulpolitik 200.322.103.042.2

Grüne: CDU leidet unter Realitätsverlust

RAVENSBURG (vin) - Zwischen Verwunderung und Verärgerung bewegt sich die Reaktion der Ravensburger Grünen auf die Pressemitteilung der CDU zur Ravensburger Schulpolitik. Die Christdemokraten hatten sich darin zum Schulversuch „Länger gemeinsam lernen" bekannt, gleichzeitig aber die Bedeutung der Neuen Werkrealschule hervorgehoben. „Realitätsverlust" nennt das Grünen-Chef Manne Lucha seinerseits in einer Presseerklärung.

„Natürlich ist es das gute Recht einer Ratsfraktion, einem mit allen Stimmen der Fraktion beschlossenen Antrag im Gemeinderat zu passender oder unpassender Zeit nochmals die Unterstützung zu versichern, insbesondere dann, wenn man fürchtet, andere Fraktionen seien näher dran am Thema", lästert Lucha. Aber was die CDU in den Nebenthemen von sich gebe, zeige, „dass ihr altes Kastendenken nicht überwunden ist". Außerdem enthalte die Pressemitteilung „sachliche Falschaussagen", die einer Korrektur bedürften.

Es seien die Fraktionen der Grünen, SPD, Freien Wähler und Bürger für Ravensburg gewesen, die in zweijährigem zähen Ringen einen Beirat für Schulentwicklungsplanung erkämpft hätten, um die Entwicklung einer Modellschule auf den Weg zu bringen, so Lucha. „Erst als dieser Beirat politisch nicht mehr zu verhindern war, schwenke die CDU ein und gab ihren Widerstand auf. Das Herauslösen der Schulthemen aus dem bisherigen Verantwortungsbereich des Verwaltungsausschusses war nur eine handwerkliche Präzisierung der Gremienarbeit, hat aber keinerlei politisch Relevanz." Falsch sei auch, die Ablehnung der Neuen Werkrealschule durch den Gemeinderat hätte für die Stadt Nachteile gebracht. „Das Gegenteil ist der Fall. Durch das mehrheitliche Nein wurden alle drei Hauptschulstandorte erhalten, wohingegen eine Einführung der Neuen Werkrealschule zum damaligen Zeitpunkt aufgrund der vom Kultusministerium geforderten Kriterien faktisch zur Schließung einer Schule geführt hätte. Warum das Engagement für den Bestand aller drei Schulen eine Schwächung des Schulstandortes Ravensburg darstellen soll, bleibt das Geheimnis der CDU-Fraktion", meint Lucha weiter.

Manne Lucha

Auch die Aussage, dass dies „auf dem Rücken der Schulkinder ausgetragen wird", bleibe ohne Begründung im Raum stehen. „Die aktuellen Anmeldezahlen in der Jahrgangstufe 5 der Ravensburger Hauptschulen widerlegen klar die Unkenrufe, dass die Schüler zuhauf in die Neuen Werkrealschulen außerhalb der Stadt abwandern würden."

Datum: 15.11.2010 Nr.

- [x] Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
- [ ] Wochenblatt
- [ ] Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
- [ ] INFO Wochenzeitung
- [ ] Ravensburger Stadtmagazin
- [ ] Stadtkurier
- [ ] Mitteilungsblatt Ortschaften
- [ ] _____

Ue/Schule 200.322.103.042.4

Schulsystem

CDU wirbt für Modellschule

RAVENSBURG - Die CDU Fraktion im Ravensburger Gemeinderat will im Kultusministerium und beim Regierungspräsidium Tübingen für eine künftige Ravensburger Modellschule bis zur zehnten Klassenstufe „aktiv werben". Dies geht aus einer Presseerklärung der Fraktion hervor.

Von unserer Redakteurin Sibylle Emmrich

Der SZ-Artikel vom 5. November („Modellschule: Eltern sollen ihre Meinung sagen") hat die Ravensburger CDU dazu veranlasst, ihre Position zur Schulentwicklung zu verdeutlichen. In der von August Schuler, Rolf Engler, Rudolf Hämmerle vom Fraktionsvorstand und Dr. Ulrich Höflacher, dem schulpolitischen Sprecher der Fraktion, unterzeichneten Stellungnahme heißt es: Bei der zentralen Abstimmung im November 2009, als der Gemeinderat mit denkbar knapper Mehrheit die Umwandlung der Hauptschulen in Werkrealschulen neuen Typs ablehnte, habe es für die CDU Fraktion „kein Entweder/Oder" im Hinblick auf Werkrealschule und Modellschule Ravensburg gegeben.

Schuler: „Wir waren und sind weiterhin für die erfolgreiche Fortsetzung der Werkrealschule als sogenannte Neue Werkrealschule. Und die CDU Fraktion befürwortet ein Ravensburger Schulmodell unter dem Namen Ravensburger Modellschule." Dies habe man den anderen Fraktionen in Gesprächen, in Vorberatungen im Schulbeirat und im Schulausschuss mitgeteilt. Beides stärke den kommunalen Schulstandort Ravensburg. Dass dann auf Antrag der Grünen, dem sich SPD und „Bürger für Ravensburg" anschlossen, mit 19 zu 18 Stimmen bei einer Enthaltung die Werkrealschule abgelehnt wurde, das „war und ist für die CDU-Fraktion ein schwerer kommunalpolitischer Fehler, der auf dem Rücken der Schulkinder und der Schuljugend ausgetragen wird – und dazu eine Schwächung des Schulstandortes Ravensburg."

Die CDU-Fraktion arbeite im Beirat für Schule und Bildung konstruktiv an der Ravensburger Modellschule mit und werbe „aktiv" für deren Einführung, ebenso für eine noch bessere Übergangsphase vom Kindergarten in die Schule. Außerdem sei auf Antrag der CDU Fraktion 2007/08 der Ausschuss für Schule und Bildung eingesetzt worden, der nach Vorberatung im Schulbeirat die wesentlichen schulpolitischen Entscheidungen für den Gemeinderat vorbereite. Dieser Ausschuss habe sich bewährt.

Schulpolitische Blockade

Andererseits spricht sich die CDU-Fraktion auch für die zum Schuljahr 2010/11 in Baden-Württemberg eingeführte Werkrealschulen neuen Typs (NWRS) aus. Im Juli 2010 habe der Gemeinderat „wenigstens beschlossen, die erfolgreiche Werkrealschule in der Neuwiesenschule fortzusetzen. Dies wäre auch mit einer NWRS in der Kuppelnauschule und/oder der Stefan-Rahl-Schule in Eschach zum Schuljahr 2010/11 möglich gewesen. Die schul- und machtpolitische Blockade der Grünen-Fraktion hat dies ... verhindert", so Schuler.

Angesichts des schulpolitischen Wettbewerbs befinde sich die Stadt Ravensburg jetzt in einer schlechten Situation. In Weingarten, Horgenzell, Baienfurt und im Bildungszentrum St. Konrad sei die neue Werkrealschule zum Schuljahr 2010/11 eingeführt worden. Die Ravensburger Schülerinnen und Schüler hätten jetzt das Nachsehen.

Datum: 18.11.09 Nr. 267

☒ Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
☐ Wochenblatt
☐ Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
☐ INFO Wochenzeitung
☐ Ravensburger Stadtmagazin
☐ Stadtkurier
☐ Mitteilungsblatt Ortschaften
☐

Debatte über Werkrealschulen

200.322.103.042 / Ge

CDU will 2010 neuen Anlauf machen

RAVENSBURG - Die CDU-Fraktion im Ravensburger Gemeinderat wird 2010 einen neuen Antrag auf Einrichtung einer Werkrealschule neuen Typs in der Türmestadt stellen. Das sagte gestern Stadtrat Rudi Hämmerle. Die Gegner der Werkrealschule wollen schon in dieser Woche beginnen, ein neues Schulmodell auszuarbeiten.

Von unserem Redakteur Bernd Adler

Wie berichtet, hatte OB Hermann Vogler am Montag die Vorsitzenden der Fraktionen des Gemeinderats informiert, dass das Thema Werkrealschulen nicht erneut beraten werden soll. Damit gilt die Beschlusslage vom 2. November, als der Gemeinderat mit hauchdünner Mehrheit die Einrichtung zweier Werkrealschulen in der Südstadt und in Obereschach abgelehnt hatte. Das Stadtparlament beschloss dagegen, ein Modellprojekt für einen Schulversuch „Länger gemeinsam lernen" auszuarbeiten.

Die Arbeit an diesem Schulversuch soll schon in dieser Woche beginnen. „Wir beginnen jetzt mit der Umsetzung des Arbeitsprogramms mit dem Ziel einer Modellschule", sagte der Fraktionschef der Grünen, Manne Lucha, gestern der SZ. Die Grünen hatten sich gemeinsam mit der SPD und den „Bürgern für Ravensburg" gegen die Einrichtung von Werkrealschulen gestellt und damit den Verwaltungsvorschlag vereitelt. „Wir laden alle ein, auch bisherige sogenannte Kontrahenten, die anderer Auffassung waren als wir, um mit uns gemeinsam etwas Neues zu erarbeiten", sagte Lucha weiter.

„Ich bin gespannt, welche angeblich besseren Konzepte jetzt auf den Tisch kommen", sagte CDU-Stadtrat Rudi Hämmerle der SZ. Er sei „todtraurig", dass am 30. November nicht mehr über die Werkrealschulen diskutiert werden soll. „Ich glaube, das ist zum Schaden der Stadt", meint Hämmerle. Und: „Wir werden auf alle Fälle nächstes Jahr einen Antrag auf Einführung der Werkrealschule stellen."

Als „beschämend" bezeichnete der CDU-Stadtrat das Verhalten von Grünen, SPD und „Bürger für Ravensburg". Die drei Fraktionen hatten Einsprüche bis hin zum Gang vors Verwaltungsgericht angekündigt, sollte OB Vogler noch einmal über die Werkrealschulen im Gemeinderat beraten lassen. „So etwas", sagte Hämmerle, „würden wir nie machen. Niemals."

Chronik der Ereignisse

◆ 2. November: Der Gemeinderat lehnt mit 19:18 Stimmen die Einführung von Werkrealschulen neuen Typs ab.

◆ 3. November: Das Staatliche Schulamt stellt klar: Mit diesem Beschluss wird auch die bestehende Werkrealschule Neuwiesen gekippt.

◆ 6. November: OB Vogler legt sein Veto ein und kündigt für den 23. November eine Neuberatung an.

◆ 11. November: Vogler zieht sein Veto zurück und sagt die geplante Sondersitzung vom 23. November ab. Grund: Die Darstellung des Schulamts, mit dem Gemeinderatsbeschluss werde auch die Werkrealschule Neuwiesen abgeschafft, war falsch. Dennoch will der OB eine Neuberatung des Themas am 30. November.

◆ 12. November: Grüne, SPD und „Bürger für Ravensburg" kündigen Widerstand an, sollte das Thema neu beraten werden.

◆ 16. November: Vogler stellt klar: Das Thema Werkrealschule wird nicht erneut beraten. (bua)

„Wege zur Modellschule - länger gemeinsam lernen als Chancen für eine nachhaltige Schulentwicklung in Ravensburg" heißt ein Workshop, der am Freitag, 20. November, um 15.30 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses beginnt. Mit dabei: Renate Raststätte bildungspolitische Sprecherin der Grünen im Landtag, Norbert Zeller, bildungspolitischer Sprecher der SPD im Landtag und Roland Dorner, Schulleiter aus Bergatreute. Am Donnerstag, 19. November, lädt die FDP um 19.30 Uhr zu einer Info-Veranstaltung über die Werkrealschule in den „Mohren" ein. Referentin ist die bildungspolitische Sprecherin der FDP im Landtag, Dr. Birgit Arnold.

Datum: 04.11.09 Nr. 255

☒ Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
☐ Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
☐ Ravensburger Stadtmagazin
☐ Mitteilungsblatt Ortschaften
☐ Wochenblatt
☐ INFO Wochenzeitung
☐ Stadtkurier
☐ _____

200.322.103.042

Gemeinderat

Rat schafft die Werkrealschule ab

RAVENSBURG - Überraschende Wende nach der sensationellen Ablehnung von zwei Werkrealschulen neuen Typs im Ravensburger Gemeinderat (die SZ berichtete kurz): Ohne es zu beabsichtigen, hat der Gemeinderat mit dem Beschluss die bereits bestehende Werkrealschule Neuwiesen zur Hauptschule degradiert.

Von unserer Redakteurin Annette Vincenz

„Das ist Demokratie", sagte Rudolf Bosch nach einer geheimen Abstimmung, die in die Geschichte des Ravensburger Gemeinderates eingehen wird. Der als „Hautpschulrebell" landesweit bekannt gewordene Grünen-Stadtrat überzeugte die Mehrheit des Kommunalparlamentes, nein zu Werkrealschulen neuen Typs zu sagen und stattdessen beim Kultusministerium eine Modellschule für längeres gemeinsames Lernen zu beantragen.

Grüne, SPD und Bürger für Ravensburg, die über 17 von 38 Mandaten im Ravensburger Gemeinderat verfügen, hatten die Sache mit einem gemeinsamen Antrag ins Rollen gebracht. Grund: Die Werkrealschule neuen Typs stellt aus ihrer Sicht keine „zukunftsweisende pädagogische Innovation" dar, wie das die baden-württembergische Landesregierung propagiere. Die Umwandlung von Hauptschulen in Werkrealschulen ist nach Meinung der Kritiker keine Lösung für die ständig sinkende Akzeptanz der Hauptschulen. Sie streben stattdessen eine Gemeinschaftsschule an, bei der die Trennung der Kinder entweder gar nicht oder später als jetzt (nach der vierten Klasse) erfolgt.

In der Hoffnung, dass auch bei den anderen Fraktionen Sympathisanten für einen solchen Schulversuch zu finden seien, beantragten die Grünen eine geheime Abstimmung. In den Reihen der CDU fehlte Hugo Adler, so dass CDU, FDP und Freie Wähler nur über 20 Stimmen verfügten. Rechnet man Oberbürgermeister Hermann Vogler der CDU hinzu, 21 Stimmen. Und die Rechnung der Grünen ging auf, wenn auch denkbar knapp: 19 Kommunalpolitiker sprachen sich gegen einen Antrag auf zwei Werkrealschulen neuen Typs (an Neuwiesen und der Stefan-Rahl-Schule in Oberesschach) aus, 18 wollten das, einer enthielt sich.

Berücksichtigt man, dass sich der Eschacher SPD-Ratsherr Rainer Frank in der Debatte zuvor für die Werkrealschulen ausgesprochen hatte, um den Schulstandort im Ravensburger Süden zu retten, muss es bei den anderen Parteien drei bis vier „Abweichler" gegeben haben. Je nachdem, ob man die eine (entscheidende) Enthaltung als Zustimmung oder Ablehnung werten will. Wäre die Abstimmung mit einem Patt (etwa 19:19) ausgegangen, wäre der Antrag von Grünen, SPD und Bürgern für Ravensburg abgelehnt worden. Die Sympathisanten kamen wahrscheinlich aus Reihen der Freien Wähler, die sich zuvor als gespalten geäußert hatten.

Nach dem Votum gegen die neuen Werkrealschulen herrschte große Verwirrung. Sowohl Oberbürgermeister Hermann Vogler als auch Fritz Luib, Schulrat beim Staatlichen Schulamt Markdorf, vertraten die Auffassung, dass der Gemeinderat mit dem Beschluss die bestehende Werkrealschule Neuwiesen wieder zur Hauptschule degradiert habe – ohne Möglichkeit für die Schüler, nach einem freiwilligen zehnten Schuljahr die Mittlere Reife zu erlangen. Der Leiter des Staatlichen Schulamtes Markdorf, Klaus Moosmann, bestätigte diese Rechtsauffassung gestern gegenüber der „Schwäbischen Zeitung" (siehe Kasten). Diese Konsequenz sei den Kommunalpolitikern bekannt gewesen. „Wir haben das nirgends so oft beraten wie in Ravensburg. Ich allein war sechsmal da und bin enttäuscht, wie schlecht der Informationsstand ist."

KOMMENTAR/DIE DEBATTE

Auf einen Blick

Was der Beschluss bedeutet

Der Beschluss im Wortlaut: „Die Stadt Ravensburg stellt keinen Antrag beim Ministerium für Kultus und Sport zur Genehmigung zweier Standorte für die sogenannte ‚Neue Werkrealschule'." Stattdessen soll eine Gemeinschaftsschule beantragt werden. Da noch nicht klar ist, ob diese Modellschule auch für Gymnasiasten geeignet ist, wurde der zweite Teil des Antrages vorerst zurückgezogen. Bis zum Frühjahr sollen offene Fragen geklärt werden. Für die Ravensburger Schullandschaft bedeutet das nach Auskunft des Staatlichen Schulamtes, dass die Neuwiesenschule wieder zur reinen Hauptschule wird. Lediglich die jetzigen Acht- und Neunt-Klässler genießen noch Bestandsschutz, können also ein zehntes Schuljahr anhängen und die Mittlere Reife machen. Vorausgesetzt, es finden sich mindestens 16 Schüler pro Jahrgang, die das anstreben. Ansonsten wird ab dem Schuljahr 2010/2011 nur die Katholische Privatschule Sankt Konrad ein Werkrealschul-Angebot haben. (vin)

Datum: 03.11.09 Nr. 254

- [x] Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
- [ ] Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
- [ ] Ravensburger Stadtmagazin
- [ ] Mitteilungsblatt Ortschaften
- [ ] Wochenblatt
- [ ] INFO Wochenzeitung
- [ ] Stadtkurier
- [ ] _____

200.322-203.042

Geheime Abstimmung

Rat sagt nein zu Werkrealschulen

RAVENSBURG (vin) - Sensation gestern Abend im Ravensburger Gemeinderat: Das Gremium sprach sich dagegen aus, in Ravensburg zwei Werkrealschulen neuen Typs einzurichten, und folgte damit einem Antrag von Grünen, SPD und Bürgern für Ravensburg, die zusammen allerdings keine Mehrheit haben. Stattdessen soll ein Schulversuch für längeres gemeinsames Lernen aller Kinder beantragt werden. Der geheimen Abstimmung war eine mehrstündige Debatte vorausgegangen. Das Abstimmungsergebnis war mit 19 zu 18 bei einer Enthaltung denkbar knapp. Wir berichten morgen ausführlich.

Datum: 31.10.09 Nr. 252

- [x] Schwäbische Zeitung, Ausgabe Ravensburg
- [ ] Südkurier, Ausgabe Friedrichshafen
- [ ] Ravensburger Stadtmagazin
- [ ] Mitteilungsblatt Ortschaften
- [ ] Wochenblatt
- [ ] INFO Wochenzeitung
- [ ] Stadtkurier
- [ ] _____

Schule 200.322.103.042

Gemeinderat 200.01.2.81

Nein zu Werkrealschulen

RAVENSBURG (vin) - Von der Einrichtung zweier sogenannter Neuer Werkrealschulen in Ravensburg halten die Gemeinderatsfraktionen von Grünen, SPD und Bürgern für Ravensburg gar nichts. Stattdessen wollen sie in der Gemeinderatssitzung am Montag fordern, dass die Stadt beim Kultusministerium den Antrag für eine Gemeinschaftsschule stellt: Arbeitstitel: „Länger gemeinsam lernen".

Die Sitzung, die um 16 Uhr im großen Ratssaal beginnt, dürfte spannend werden. Grüne, SPD und BfR verfügen insgesamt über 17 von 38 Mandaten. Sollte es auch bei CDU, Freien Wählern oder FDP heimliche Sympathisanten für einen entsprechenden Schulversuch geben und eine geheime Abstimmung beantragt werden, könnte der Antrag durchkommen.

Die Ortschaftsräte Taldorf und Eschach sowie der Ravensburger Schulausschuss hatten sich schon für die Einrichtung von zwei Werkrealschulen des neuen Typs ausgesprochen (die SZ berichtete). Diese Hautpschulen, auf denen man nach der zehnten Klasse einen Realschulabschluss bekommen kann, sollten in der Stefan-Rahl-Schule und der Neuwiesenschule eingerichtet werden. Nach Meinung von Grünen, SPD und BfR stellt die neue Werkrealschule jedoch keine „zukunftsweisende pädagogische Innovation dar und somit auch keine Lösung für die ständig sinkende Akzeptanz der Hauptschule".

Die Umstellung auf die sogenannte „neue Werkrealschule" sei unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht zu rechtfertigen, da diese die (teilweise) Zusammenlegung von Schulen erfordere, was nur unter hohem Investitionsaufwand möglich wäre. Gleichzeitig müsste die Stadt weiterhin (für mindestens zwei Jahre) einen Hauptschulstandort vorhalten, damit die derzeitigen Achtklässler und Neuntklässler ihre begonnene Schullaufbahn abschließen können. Insgesamt käme es zu massiven Verlagerungen beim Lehrereinsatz, die Schulleitungsstellen müssten neu ausgeschrieben werden und bestehende erfolgreiche Projekte wie Praxiszug, Berufseinstiegsbegleiter, Kooperationen mit Betrieben und ähnliches „wären in hohem Maße gefährdet.

Es sei zurzeit auch unmöglich, zukünftige Schülerströme vorherzusagen, wenn im kommenden Schuljahr die Schulbezirksgrenzen wegfallen. Das Wahlverhalten der Schüler, ein daraus resultierender Raum- und Ausstattungsbedarf, die grundsätzliche demografische Entwicklung von Schülerzahlen und nicht zuletzt eine insgesamt äußerst unsichere schulpolitische Situation ergäben eine Ausgangslage mit viel zu vielen Unbekannten. Als Alternative sehen die beantragenden Parteien jetzt den Zeitpunkt für gekommen, in Ravensburg die Diskussion über alternative Schulmodelle zu führen und einen entsprechenden Antrag beim Kultusministerium zu stellen.

EINE FRAGE AN